

passt ...

Die linke Zeitung aus Potsdam

Ausgabe
Herbst 2026
1. Jahrgang



Es reicht! Das Leben muss bezahlbar bleiben.

Die Menschen lassen sich die Kürzungs- politik der Bundesregierung nicht mehr gefallen. Wie in Berlin gingen im Sep- tember bundesweit 175.000 Menschen auf die Straße. Denn während Mieten,

Lebensmittel und Energie teurer werden, soll ausgerechnet bei Gesundheit, Rente und sozialer Sicherheit gekürzt werden. Es reicht! Das Leben muss bezahlbar bleiben! *Siehe Seite 3.*

„passt“ prima für Potsdam!

Liebe:r Leser:in,

Aus „pas“ wird „passt“ - auf „Potsdams andere Seiten“ folgt nun die „passt“- eine neue Ausgabe, ein neues Design und mehr Inhalt. Dafür nur noch fünf Ausga- ben im Jahr. Eines bleibt jedoch: eine klare, linke Perspektive auf unsere Stadt. Doch nun in kräftigeren Farben, klaren Linien und Konturen. Dazu mit so manch neuer Rubrik dank vier Seiten mehr. passt, oder? Für uns ist kreatives Weiterentwickeln ein Zeichen der Hoffnung. Gerade in Zeiten von Krisen und großen Unsicherheiten steht unsere neue „passt“ für Zuversicht. Und wir wollen noch mehr als bisher dazu beitragen, dass viele davon erfahren. Linke Botschaften in journalistisch viel-

fältiger Form sind hier zu finden. Wir laden Sie ein, mit auf diesen Weg zu kommen, und wünschen Ihnen viel Freude mit der neuen „passt“!

Die Redaktion

P.S. Wie gewohnt, passt es auch von Ihnen zu hören: Feedback, Anregungen, Kritik gern an: info@medienpunktspotsdam.de

P.P.S. Danke an alle fleißigen Redak- teur:innen, die diese Frischzellenkur über die vergangenen sechs Monaten möglich gemacht haben!

IN DIESER AUSGABE

Siegfried Lachmann im Goldenen Buch der Stadt Potsdam
Und wir erinnern an den 9. November 1938 4

Isabelle Vandré und Uli Schneider zu Tankrabbat und Wohngeld 5

Fotoimpressionen zum Sommerfest und der OV Stern/Drewitz/Kirchsteig- feld vorgestellt 6

Passt oder passt nicht: Straße für Lothar Bisky 7

Rathausreport

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam

Bürgerhaushalt 2027/28 I

Umweltbeigeordneter bei Klimaleug- nern/Schiefelage Klinikum II

Verkehrsdaten und Gleichstellung III

Ein Jahr Aabel und Haushaltssperre IV

Antisemitismusvorwurf: 150 jüdische Berliner nehmen Linke in Schutz



„Jüdische Menschen müssen sich in unserer Stadt sicher fühlen“, betonte Elif Eralp, Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke im Berliner Abgeordnetenhaus. „Ich werde das vielfältige jüdische Leben stärken und Antisemitismus bekämpfen“, fügte die Politikerin hinzu. Die 45-Jährige verurteilte gleichzeitig, dass es bei einer Linken-Veranstaltung in Neukölln Gewaltaufrufe gegen Soldaten des israelischen Militärs gab. Solche Äußerungen seien inakzeptabel, so Eralp. Die Linke verlangt mehr Trennschärfe zwischen Antisemitismus und legitimer Israelkritik. Und die Partei sieht sich in der Pflicht, antisemitische Fälle innerhalb der Partei aufzuklären. Ihre Position: Wir kämpfen gegen Antisemitismus! Foto: J. Cartstensen, FUNKE foto service

Berliner Jüdinnen und Juden für eine soziale und sichere Stadt

NACH IHREM WAHLSIEG WIRD DER LINKEN IN BERLIN ANTISEMITISMUS VORGEWORFEN. EINE GRUPPE VON JÜDINNEN UND JUDEN WIDERSPRICHT IN EINEM OFFENEN BRIEF, DARUNTER DIE AUTORINNEN DEBORAH FELDMAN UND EVA MENASSE.

Der Offene Brief: Berlin, den Tag nach der Wahl

Wir sind Berliner Jüdinnen und Juden und kommen aus unterschiedlichen Milieus; wir beten in unterschiedlichen Synagogen oder gar nicht; wir wählen unterschiedliche Parteien – und wir schreiben diesen Brief, weil wir in den vergangenen Wochen immer wieder dieselbe Behauptung gehört haben: Die Linke sei gefährlich für Juden, eine Koalition unter ihrer Beteiligung ein Sicherheitsrisiko für unsere Gemeinden. Wir widersprechen dieser

Darstellung – nicht, weil wir die Sorgen kleinreden, sondern weil wir sie ernster nehmen, als es plakative Warnungen tun. In einer Zeit, in der eine teilweise offen faschistische Partei quer durch Deutschland auf dem Weg zur Macht ist, entziehen sich die großen Publikumsmedien und (wichtige) Teile unserer eigenen jüdischen Gemeinschaft ihrer Verantwortung, wenn sie weiterhin so tun, als würde die Linke die größte Gefahr für jüdische Sicherheit darstellen. Wie alle Arten von Ressentiment und Vorurteil tritt auch der Antisemitismus in vielen verschiedenen Teilen der Gesellschaft auf. Und genau wie die anderen Formen von Gruppenhass wird er dort am gefährlichsten, wo er mit rechtsextremer Ideologie und mit den antidemokratischen Tendenzen und Konflikten zusammenfällt, die sich manchmal auch gewaltsam auf unseren Straßen Bahn brechen. Dass gerade die Linken ständig des Antisemitismus beschuldigt werden, ist nicht nur eine zynische politische Instrumentalisierung, sondern setzt beinahe jede Kritik an der

israelischen Politik mit Antisemitismus gleich. Diese Flut an Anschuldigungen zielt darauf ab, andere Meinungen zu unterdrücken und das internationale Völkerrecht auszuhöhlen. Vor dem Hintergrund des überall anschwellenden Antisemitismus ist es nicht einfach eine neutrale Beobachtung, eine demokratische linke Partei herauszugreifen, sondern ein politisches Instrument, um Aufmerksamkeit ab- und umzulenken. Uns beschäftigt etwas anderes mindestens genauso: Wie werden wir – und alle Berlinerinnen und Berliner – in dieser Stadt in den nächsten fünf Jahren leben? Steigende Mieten treffen jüdische Familien genauso wie alle anderen. Prekäre Beschäftigung, überlastete Schulen, ein Gesundheitssystem am Limit, wachsende soziale Spaltung – all das erzeugt genau jene gesellschaftlichen Spannungen, die auch den Judenhass fördern. Wer soziale Missstände ignoriert, überlässt das Feld denen, die immer als erstes nach Sündenböcken suchen. Eine Stadtregierung, die bezahlbaren Wohnraum sichert, öffentliche Daseinsvorsorge stärkt und soziale Ungleichheit spürbar reduziert, tut mehr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt – und damit auch für unsere Sicherheit! – als bloß eine demokratische Partei auszugrenzen. Deshalb sagen wir: Die klar bessere Wahl für diese Stadt, auch für uns Juden, ist eine Koalition, die das sozialökonomische Programm ernst nimmt, das jetzt so dringend gebraucht wird. Nicht weil wir alle Positionen in der Linken oder irgendeiner anderen Partei teilen – das tun wir nicht, und wir werden weiter kritisch bleiben, wo es nötig ist. Sondern weil eine rot-rot-grüne Koalition die Kraft hat, die materiellen Ursachen gesellschaftlicher Spannungen anzugehen, während eine Fortsetzung des Status quo oder ein Rechtsruck diese Spannungen nur verschärfen würde. Wir bitten die künftige Regierende Bürgermeisterin und ihre Koalitionspartner um zweierlei: Nehmen Sie unsere Sicherheit als das, was sie ist – eine rote Linie, keinen zynischen Spielball für Propaganda. Und nehmen Sie unsere sozialen Nöte ebenso ernst wie die aller anderen Berlinerinnen und Berliner. Beides gehört zusammen. Eine Stadt, die gerechter wird, wird zu einer Stadt, in der auch wir sicherer leben [...].

Berliner Jüdinnen und Juden für eine soziale und sichere Stadt. Den ganzen Brief lesen Sie hier: <https://left.de/6MO>

Es reicht: Das Leben muss bezahlbar bleiben



Mieten, Lebensmittel, Energie und Mobilität werden immer teurer. Gleichzeitig wird über längere Arbeitszeiten, Einschnitte bei der Gesundheit und Veränderungen bei der Rente diskutiert. Während die Kosten für das tägliche Leben steigen, soll ausgerechnet bei den Menschen gespart werden, die dieses Land jeden Tag am Laufen halten. Was die Bundesregierung wohlklingend

Reformen nennt, sind knallharte Kürzungspakete. Immer mehr Menschen lassen sich das nicht mehr gefallen. Ende September gingen 175.000 Menschen in 15 Städten auf die Straße. Ihr Protest richtete sich gegen Sozialabbau, längere Arbeitszeiten und Kürzungen bei Gesundheit und Rente. Wie dramatisch die Lage ist, zeigt sich in vielen Bereichen. In Potsdam etwa stei-

gen die Mieten seit Jahren massiv. Viele Menschen müssen deshalb ins Umland ziehen und zahlen für ihre Wohnungskrise zusätzlich mit längeren Wegen und höheren Fahrtkosten. „Die Kosten dieser Wohnungskrise werden damit auf die Menschen abgewälzt, die ohnehin am wenigsten Spielraum haben“, sagt Konstantin Gräfe, Fraktionsvorsitzender der Linken in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung. Die Linke, die Gewerkschaften und die großen Sozialverbände fordern daher ein Umsteuern von Union und SPD. Statt bei Gesundheit, Rente und sozialer Sicherheit zu kürzen, muss Politik dafür sorgen, dass die Menschen wieder mehr zum Leben haben. Öffentliche Gelder müssen in gute Versorgung und soziale Sicherheit fließen – nicht in neue Belastungen für diejenigen, die ohnehin jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Solange die Bundesregierung weiter an ihrem Sparkurs festhält, werden die Proteste weitergehen. „Wir stellen uns gegen jede Kürzung bei Gesundheit, Lohn und Rente, gegen die explodierenden Preise“, unterstreicht die Linken-Parteivorsitzende Ines Schwerdtner.

Foto: Olaf Krostitz

Die Mieten sind auch in Potsdam zu hoch!

Carl Loschke

Die Linke Potsdam

Wir werden nicht müde, es zu sagen: Die Mieten sind zu hoch und das ist politisch geduldet und gefördert. Die Mieten in Potsdam sind immer noch die teuersten Ostdeutschlands und immer noch sind die Auswüchse des Mietenwahnsinns für uns und unsere Lebensplanung spürbar. Als Linke betreiben wir seit knapp einem Jahr unsere Mietenkampagne, gehen an die Haustüren und organisieren mit den Mieter*innen gemeinsame Nachbarschaftstreffen, gemeinsame Widersprüche und Aktionen gegen dreiste Vermieter. Dabei begegnen wir immer wieder denselben Geschichten: die Substanz ist fehlerhaft und es schimmelt, die Mieten sind komplett überzogen und die Heizkosten mit zweifelhaften Berechnungsmethoden erstellt und nicht legal oder der Vermieter

oder seine Vertreter klingeln an der Tür und üben Druck aus, wenn er merkt, dass sich Widerstand formieren könnte. Überall haben wir gemeinsam bereits Erfolge erkämpft. Die Vermieter mussten in die Defensive und tausende Euros an falschen Heizkosten gingen zurück an unsere Nachbar*innen. Und obwohl Viertel wie Babelsberg, Kirchsteigfeld, die Waldstadt oder Potsdam-West an sich sehr unterschiedlich sind, sind die Machtverhältnisse zwischen Mieter*innen und Vermietern sehr ähnlich. Als Mieter*innen müssen wir uns zweimal überlegen, ob wir dem Brief mit der Androhung einer Gerichtsverhandlung widersprechen. Allein der Blick auf Wohnungsinserate und Mietpreise, macht Angst und lässt einen vor Auseinandersetzungen mit dem aktuellen Vermieter zurückschrecken. Der Mietenwahnsinn betrifft uns alle und früher oder später beeinflusst oder blockiert er unser Leben. Und weil dreiste

Vermieter sich den vierten Porsche leisten und sich Stadt-, Landes- und Bundesregierung nicht mit ihnen anlegen wollen, müssen wir selber gemeinsam kämpfen und gewinnen! Im September hat der Landtag eine Petition von Potsdamer Mieter*innen zum Stopp von Verdrängung mit mehr als 3000 Unterschriften unbesehen in den Müll geschmissen. Unterdessen erteilen die Berliner:innen dem politischen Klüngel mit den Immobilienkonzernen eine klare Absage und setzen ihre Hoffnung in einen linken Aufbruch. Am 10. Oktober gehen wir gemeinsam mit Mieter*innen aus ganz Potsdam und Brandenburg auf die Straße gegen dreiste Vermieter, gegen die Unmöglichkeit eine Wohnung zu finden und gegen die faulen Ausreden, der Markt hätte noch nicht genügend Anreize bekommen uns weiter abzuzocken. Nach dem 10. Oktober geht es aber weiter. Wir als Mieter*innen werden uns auch danach weiter organisieren, damit uns der Vermieter nicht einzeln mit Drohungen unter Druck setzen kann, die ImmoLobby abgewählt wird und wir unsere Lebensplanung wieder selber in der Hand haben.



Hohe Ehrung für den Genossen Siegfried Lachmann

IN DAS GOLDENE BUCH DÜRFEN SICH EHRENGÄSTE SOWIE MENSCHEN, DIE SICH UM DIE STADT POTSDAM VERDIENT GEMACHT HABEN, EINTRAGEN. ZAHLREICHE SPORTLER, POLITIKER, WISSENSCHAFTLER, FRÜHERE BÜRGERRECHTLER

UND PROMINENTE HABEN SICH SEIT 1991 DARIN VEREWIGT. DAZU ZÄHLEN DER FRÜHERE TSCHECHISCHE PRÄSIDENT VACLAV HAVEL, WOLFGANG JOOP UND DAS FRÜHERE RADSPORT-IDOL TÄVE SCHUR. EBENSO HABEN SICH DIE FUSSBALLERINNEN VON TURBINE POTSDAM UND DIE OLYMPIATEILNEHMER:INNEN DARIN VEREWIGT.

Siegfried Lachmann, Sohn eines Arbeiters und Kommunisten, verwachsen ebenso mit der politischen Nachkriegsgeschichte wie der Kultur Brandenburgs und Potsdams, feierte am 1. Juli 2026 seinen 90. Geburtstag. Runde zwei Monate später – am 25. August dieses Jahres – war es für ihn soweit: Unser Genosse „Siggi“ Lachmann trug sich in das Goldene Buch Potsdams ein. Der Grafikdesigner, Sammler und Fotograf Siegfried Lachmann war über Jahrzehnte in Potsdams Kultur aktiv und wurde auf diese Weise hoch geehrt. Wer der „alten“ Potsdamer*innen kennt „Siggi“ nicht? Erinnert sei z. B. an sein sehr aktives Wirken im und für den Jugendklub 3. Wir damaligen „Helmhölzer“ waren noch in den sechziger Jahren in der Schopenhauerstraße mit der Hausnummer 3 – quasi in der Potsdamer Zweigstelle der

Fachschule für Werbung und Gestaltung – später im Kellermann-Haus, Stammgast. Und wer hat sie nicht schon auf Ausstellungen bewundert: Lachmanns Plakate – „Manifeste gegen das wohlfeile Vergessen, gegen die dem Kapitalismus eigene Tendenz, Erinnerung und Erwartung gleichermaßen zu verdrängen zugunsten einer alles beherrschenden, scheinbar alternativlosen, allein selig machenden Besetzung mit Gegenwart“ so der Maler und Grafikerkollege Rainer Ehrh. Sammeln ist quasi „Siggis“ Lebensaufgabe, ist Abenteuer, Geduldsprobe und Wissen zugleich. Siegfried Lachmann hat seit Jahrzehnten erfolgreich mehrere Sammlungen aufgebaut. Vor allem Keramik und Glas, aber auch Metallgefäße. „Schon immer war ich gern auf Floh- und Antikmärkten zu finden. Da erlebt man ja oft spannende Momente“, sagt er. Beim Sammeln geht es ihm in erster Linie um die einfachen Gebrauchsformen aus mehreren Jahrhunderten, die von wunderbarer Zeitlosigkeit sind. Und auch die dazu gehörenden Ausstellungen bestätigen den Wahrheitsgehalt der Aussage, dass Siegfried Lachmann das „kulturelle Gedächtnis Potsdams“ mitgestaltet hat. Ehre wem Ehre gebührt – meinen nicht nur wir.

Red.

Staatlicher Nazi-Terror

Am 9. November 1938 rufen die Nationalsozialisten dazu auf, jüdische Geschäfte und Synagogen zu zerstören. An diesem Abend und in den folgenden Tagen wurden im gesamten Deutschen Reich Geschäfte, Wohnungen und Synagogen angegriffen, zerstört bzw. niedergebrannt, jüdische Menschen in Konzentrationslager deportiert und ermordet. Insgesamt sterben infolge des 9. Novembers 1938 in Deutschland mehr als 1.300 Menschen, rund 30.000 Jüdinnen und Juden werden verhaftet oder in Konzentrationslager verschleppt. 1.406 Gottes- und Gemeindegemeinden werden zerstört, mehrere Tausend Geschäfte verwüstet. Der 9. November war ein weiterer, systematischer Schritt auf dem Weg zur Shoah. Der 9. November 1938 markiert den

Übergang von der Diskriminierung und Ausgrenzung der Juden hin zur systematischen Verfolgung und Ermordung. Die Ereignisse sind der Beginn des staatlich ausgeübten Terrors des NS-Regimes gegenüber der jüdischen Bevölkerung, angeführt von Angehörigen der SA und SS – und auch unter Beteiligung der deutschen Zivilbevölkerung. Diese Entwicklung endete in der Ermordung der europäischen Juden im deutschen Machtbereich, die von der obersten Führungsebene des NS-Regimes als „Endlösung der Judenfrage“ propagiert wurde. Die Ereignisse rund um den 9. November 1938 sollen erinnern und mahnen. Es war und ist oft ein historisches Versäumnis – in der Vergangenheit und auch heute – über latente sowie offene antisemitische Äußerungen hinwegzusehen. Struktureller Antisemitismus wird als solcher oft nicht erkannt oder bagatellisiert. Wir müssen da einschreiten wo Antisemitismus anfängt, sei es ein Witz, eine Beleidigung oder die Forderung nach der Vernichtung oder dem

Boycott des jüdischen Staates Israel. Eine Form von Antisemitismus ist es auch, Jüdinnen und Juden individuell oder kollektiv für die Politik und die Handlungen Israels verantwortlich zu machen. Doch niemand ist persönlich für die Politik einer Regierung und für Handlungen von Landsleuten oder Menschen seiner Glaubensgemeinschaft verantwortlich. Aber Kritik an israelischer Politik ist genauso legitim wie Kritik an der Politik anderer Länder. Fazit: Nur mit einer aktiven Erinnerungsarbeit können wir uns das Vergangene ins Bewusstsein bringen, mahnen und handeln. Nach wie vor gilt es jegliche Form des Antisemitismus konsequent zu thematisieren und zu bekämpfen. Gemeinsam werden wir anlässlich des 88. Jahrestages an die Schrecken und Folgen des Naziterrors erinnern und rufen zum Besuch der beiden Gedenkveranstaltung am 9. November auf: um 17 Uhr an der neuen Synagoge (jüdische Gemeinde) und um 19 Uhr auf dem Platz der Einheit (VVN-BdA).

Red.

Rathausreport

Alternatives Amtsblatt der
Fraktion Die Linke Potsdam

Bürgerhaushalt 2027/28: Diese drei Vorschläge verdienen unsere Stimme



Der Potsdamer Bürgerhaushalt ist angelaufen und wieder haben alle Potsdamer:innen die Chance, mit ihren fünf Sternen mitzubestimmen, welche Themen im nächsten Doppelhaushalt priorisiert werden. Bis zum 08. November könnt ihr unter mitgestalten.potsdam.de aus 40 Vorschlägen wählen.

So funktioniert's: Ihr könnt in zwei Kategorien jeweils fünf Sterne vergeben. Wie ihr sie verteilt, ist euch überlassen. Ihr könnt alle fünf auf einen einzigen Vorschlag setzen, der euch besonders wichtig ist, oder je einen Stern an fünf verschie-

dene Vorschläge geben.

Aus linker Perspektive stehen drei Vorschläge besonders hervor:

Platz 3: Preise für Busse und Bahnen senken (Vorschlag 8) Mobilität darf kein Luxus sein. Günstigere Ticketpreise entlasten vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen, fördern den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV und sind damit ein Beitrag zum sozialverträglichen Klimaschutz.

Platz 2: Miet-Monitor einführen (Vorschlag 9) Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Stadt. Ein städtischer Miet-Monitor schafft Transparenz über die tatsächliche Mietentwicklung.

Das ist eine wichtige Grundlage, um Mietwucher sichtbar zu machen und politischen Druck für einen wirksamen Mietendeckel und mehr sozialen Wohnungsbau aufzubauen. Wissen ist Macht, gerade gegenüber Vermietern und der Miet-Mafia.

Platz 1: Zweitwohnungssteuer erhöhen (Vorschlag 30) Potsdam wächst, der Wohnraum bleibt knapp und wird durch Zweitwohnungen zusätzlich verknappt. Wer sich eine Wohnung leisten kann, die nur gelegentlich genutzt wird, kann auch einen höheren Beitrag zur Stadtkasse leisten. Die Mehreinnahmen kommen der Allgemeinheit zugute, während Spekulation mit leerstehendem Wohnraum unattraktiver wird.

Nehmt euch fünf Minuten, ruft mitgestalten.potsdam.de auf und vergebt eure Sterne, bis zum 08. November. Sprecht mit Nachbar:innen, Kolleg:innen und Freund:innen und leitet ihnen den Link weiter. Je mehr Menschen mitmachen, desto schwerer lassen sich die Anliegen der Stadtgesellschaft im Haushalt ignorieren. Der Haushalt gehört uns allen.

Mischt euch ein für ein soziales, bezahlbares und klimagerechtes Potsdam!



Tobias Woelki
Stadtverordneter

Umweltbeigeordneter bei Klimaleugnern?

→ Abwahl gefordert

Neuer Ärger um Bernd Rubelt: Potsdams Bau- und Umweltbeigeordneter besuchte eine Veranstaltung, auf der der menschengemachte Klimawandel bestritten und gegen Windkraft Stimmung gemacht wurde. Und Rubelt? Klatschte laut Medienberichten Beifall.

Ausgerechnet der Mann, der in Potsdam für Klimaschutz und den Ausbau erneuerbarer Energien zuständig ist. Rubelt behauptet, er sei privat dort gewesen und habe sich die Positionen lediglich an-

hören wollen. Doch eine klare Distanzierung von den dort verbreiteten Thesen blieb aus.

Für die Linke ist das zu viel. „Rubelt irrlüchtet erneut durch Potsdam“, erklärte Co-Fraktionschefin Tina Lange. Schon vor einem Jahr hatte ein Veranstaltungsbesuch Rubelts für Kontroversen gesorgt. Bei einer Veranstaltung, die der Verein von Rubelts Frau organisierte, traten Autoren auf, die dem Umfeld der Neuen Rechten zugerechnet werden. Bis heute unklar: Welche Rolle spielt Rubelt selbst in dem Verein? Jetzt geht es um seinen Job:



27 Stadtverordnete und Oberbürgermeisterin Noosha Aubel haben den Antrag auf Rubelts Abwahl eingebracht. Für die tatsächliche Abwahl braucht es 38 Stimmen.

Klar ist: Es geht längst nicht mehr nur um einen Abend. Es geht um die Frage, ob ein kom-

munaler Wahlbeamter glaubwürdig für die politischen Ziele der Stadt stehen kann, wenn er Veranstaltungen besucht und beklatscht, auf denen genau diese Ziele angegriffen werden.

Schieflage beim Ernst von Bergmann Klinikum



→ Maximale Transparenz statt Salamiaktik

Beim städtischen Ernst-von-Bergmann-Klinikum droht

2027 ein Defizit von bis zu 30 Millionen Euro. Noch im Sommer stellte die Geschäftsführung eine deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Aussicht. Die schwarze Null

für 2027 sei nicht unrealistisch, hieß es. Das ist mehr als eine schlechte Nachricht für das Klinikum. Seit Jahren hat die Stadt massiv Geld zugeschossen. Eigentlich sollte 2026 das letzte Jahr der städtischen Unterstützung sein. Angesichts der städtischen Haushaltslage ist völlig offen, woher weiteres Geld kommen soll. Besonders schwer wiegt: Die Risiken waren offenbar bekannt. Über Jahre wurde ein erheblicher Investitionsstau bei der IT aufgebaut. Die Stadtverordneten wurden darüber jedoch nicht informiert. Stattdessen verkündete die Geschäftsführung im Hauptausschuss im Juni eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung.

Das wirft Fragen auf, die beantwortet werden müssen. Seit wann wussten Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Stadtspitze von den Problemen? Warum wurden die Stadtverordneten nicht informiert? Und

wie konnte es überhaupt zu diesem Investitionsstau kommen?

Die Linke fordert deshalb gnadenlose Aufklärung und maximale Transparenz. Oberbürgermeisterin Noosha Aubel, Kämmerer Burkhard Exner und Gesundheitsbeigeordnete Brigitte Meier müssen erklären, was sie wann wussten und welche Konsequenzen sie gezogen haben. Schluss sein muss mit einer Salamiaktik, bei der die Öffentlichkeit immer erst informiert wird, wenn die nächste Krise bereits eingetreten ist.



Konstantin Gräfe
Fraktionsvorsitzender

beraten – beschlossen – überwiesen

Verkehrsdaten zur Medienstadt Babelsberg: Die Linke fordert endlich aktuelle Zahlen

Die Stadtverordnetenversammlung hat auf Antrag der Fraktion Die Linke beschlossen: Die Oberbürgermeisterin muss prüfen und sicherstellen, dass die Verkehrsdaten für den Bebauungsplan 119 „Medienstadt Babelsberg“ sachgerecht und aktuell sind. Einen Bericht hierzu soll es noch im vierten Quartal 2026 im Ausschuss für Klima,

Umwelt und Mobilität (KUM) geben. Der Grund für den Vorstoß: Das Verkehrsgutachten zum B-Plan 119 basiert auf Zählungen aus den Jahren 2018 und 2019. Die Grundlage sind Daten, die mittlerweile deutlich aus der Zeit gefallen sind. Seither sind im Quartier neue Hotels, eine Kita und zahlreiche Wohngebäude für hunderte Mieter*innen entstanden, dazu



Gewerbeimmobilien mit hunderten neuen Arbeitsplätzen. Auch das Mobilitätsverhalten der Menschen hat sich, nicht zuletzt durch Corona, seitdem verändert. Ein Verkehrsgutachten von vor der Pandemie über ein Quartier, das es in dieser Form nicht mehr gibt, taugt schlicht nicht als Grundlage für eine rechtssichere Planung. Verkehrsdaten sind keine Fußnote im Bebauungsplanverfahren, sondern seine Grundlage: Sie entscheiden, wie viel Kfz-

Verkehr, ÖPNV-Bedarf und Parkdruck ein Bauvorhaben tatsächlich erzeugt. Wer hier mit veralteten Zahlen plant, riskiert eine Abwägung, die an der Realität vorbeigeht. Und das in einem Quartier, das schon heute an seine verkehrstechnischen Grenzen stößt. Die Linke macht mit ihrem Antrag deutlich: Wer Babelsberg neu bebaut, muss auch wissen, wie Babelsberg heute tatsächlich unterwegs ist.

Gleichstellung ist kein Selbstläufer

Auch nicht in Potsdams Unternehmen

Auf Initiative der Linken soll die Stadtverordnetenversammlung Potsdam einen Antrag beschließen, der die kommunalen Unternehmen der Landeshauptstadt (LHP) stärker in die Pflicht nimmt: Sie sollen verbindliche Ansprechpersonen für Gleichstellung benennen und eigene Konzepte samt Maßnahmenkatalog erarbeiten, um die Gleichstellung von Frauen und Männern in ihren Betrieben voranzutreiben. Bevorzugt sind hierfür hauptamtliche Gleichstel-

lungspersonen zu etablieren. Der Hintergrund des Antrags ist ernüchternd: Obwohl die Gleichstellung der Geschlechter seit nunmehr Jahrzehnten als Staatsziel in Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes verankert ist, bestehen strukturelle Benachteiligungen von Frauen bis heute fort – bei Entgelten, Aufstiegschancen, Arbeitszeitmodellen und in Führungsetagen. Auch der Deutsche Städtetag hat dies erst im September 2025 in einem Präsidiumsbeschluss ausdrücklich bestätigt. Was in der öffentlichen Verwal-

tung längst Standard ist, fehlt in vielen kommunalen Unternehmen bislang: eine Stelle, die sich systematisch und mit Rückhalt um Gleichstellung kümmert. Gleichstellungsbeauftragte sind dabei weit mehr als eine symbolische Benennung. Sie schaffen verbindliche Ansprechpersonen für Diskriminierungserfahrungen, wirken bei Einstellungsverfahren mit und sorgen dafür, dass Gleichstellung nicht dem Zufall oder dem guten Willen Einzelner überlassen bleibt, sondern strukturell verankert wird. Genau das sieht der nun beschlossene Antrag vor: Konzepte, die den Frauenanteil im Unternehmen erfassen, den Ist-Stand zu struktureller Ungleichheit analysieren und konkrete Maßnahmen sowie Kontrollinstrumente benennen – entwickelt in einem partizipativen Prozess, an dem mindestens der Personalrat beteiligt wird. Rechtlich betritt Potsdam damit

bewusst Neuland: Eine gesetzliche Pflicht zur Benennung von Gleichstellungsbeauftragten in privatrechtlich organisierten kommunalen Unternehmen existiert in Brandenburg nicht. Anders als bei Landesbeteiligungen, wo das Landesgleichstellungsgesetz entsprechende Vorgaben macht. Der Beschluss schließt diese Lücke und macht deutlich: Kommunale Unternehmen erfüllen mit ihrem Satzungszweck Daseinsvorsorge für die Potsdamerinnen und Potsdamer – und dazu gehört auch, Gleichstellung nicht nur nach außen, sondern auch nach innen ernst zu nehmen.

Bis Ende 2027 sollen die Ergebnisse der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. Damit bekommt Potsdam einen konkreten Zeitplan, um aus dem politischen Willen verbindliche Strukturen zu machen.

Ein Jahr Aubel - Kompromisse ohne Kompass

Kommentiert von Tobias Woelki



Bald ein Jahr ist Noosha Aubel nun Oberbürgermeisterin. Zeit für eine linke Bilanz. Ihr Anspruch, „überparteilich“ und mit wechselnden Mehrheiten zu regieren, entpuppt sich zunehmend als Politik ohne verlässliche Haltung und ohne die Fähigkeit, eigene Mehrheiten zu organisieren. Die Arbeit, ihre Vorhaben überhaupt durch die SVV zu bringen, überlässt sie regelmäßig ihren beiden Verwaltungsfractionen Bündnis90/Die Grünen/Volt und Die Andere. Beim Rechenzentrum verhandelte Aubel monatelang einen „Kompromiss“, der im Kern doch den Abriss des Kreativhauses ab 2033 festschreibt. Und das auf Kosten der Menschen, die sie im Wahlkampf noch gestützt haben. Bei der Wasserversorgung trieb sie zunächst eine weitere Privatisierung voran und fand sich damit im Lager von CDU und AfD wieder, ehe eine progressive Mehrheit sie zur Kehrtwende zwang und die Rekommunalisierung durchsetzte. Die Räumung der besetzten Tornowstraße 40 ordnete Aubel an, nachdem sie den Aktivist:innen zuvor das Gegenteil zugesagt hatte. Ein Wortbruch, der neue Maßstäbe setzt, wie wenig

man auf ihr Wort geben kann. Sozialpolitisch zeigt sie ein hartes Profil: Nur eine linke Mehrheit verhinderte knapp, dass sie den Preisdeckel fürs Schulessen kassierte, gleichzeitig hat sie mit Stimmen der CDU die ökologischen Bau-standards abgesenkt und die Holzbauinitative eingestampft. Beim Skandal im Jugendamt brauchte es erst den geschlossenen Druck der SVV für eine externe Prüfung, weil Aubel mit Verweis auf die Aktenlage den betroffenen Müttern ihr Leid absprach. Während Aubels Rede verließ eine betroffene Mutter unter Tränen den Saal. Auch beim rechtsoffenen Auftreten von Baubeigeordnetem Rubelt reichte Aubel lange eine bloße Ermahnung. Ihr Plädoyer für eine Abwahl kommt zu spät. Diese Liste ließe sich noch lange fortführen – kein Rückhalt für kommunale Tarifkämpfer:innen, der weitere Ausverkauf der Stadt an sogenannte Mäzene, harte Worte und Haushaltskürzungen, usw. Ein Jahr Aubel zeigt: Hinter der Fassade der Überparteilichkeit verbirgt sich ein knallharter neoliberaler Kurs. Sparen bei Kindern, Klima und Wohnraum, kuschen vor Investoren und Stiftungen.

Potsdam verhängt Haushaltssperre

Potsdam hat zum 1. Oktober eine sofortige Haushaltssperre verhängt. Das liegt an einem Fehlbetrag von 45,55 Millionen Euro im Jahresabschluss 2024, sinkenden Liquiditätsreserven und erwarteten Probleme, den Haushalt 2028 auszugleichen.

Eine Haushaltssperre ist so etwas wie eine finanzielle Notbremse einer Kommune oder eines Landkreises. Neue oder nicht zwingend notwendige

Ausgabe dürfen fortan zunächst nicht getätigt werden. Andere Landkreise in Brandenburg haben ebenfalls die Notbremse gezogen und eine Haushaltssperre verhängt – zuletzt Potsdam-Mittelmark und das Havelland. Politik und Verwaltung müssen nun Sparmaßnahmen beraten; zugleich wurde der mögliche Kassenkreditrahmen bereits von 60 auf 150 Millionen Euro erhöht, um drohende Liquiditätsengpässe zu überbrücken.

TERMINE STADTFRAKTION FÜR OKTOBER UND NOVEMBER

Tina Lange und Konstantin Gräfe
Fraktionsvorsitzende

Ida Karlotta Wiesigstrauch
Fraktionsgeschäftsführung

Fraktionssitzungen, jeweils 18:00 Uhr, parteiöffentlich
Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3, 14469 Potsdam

12.10.; 19.10. – entfällt wegen der Herbstferien
26.10. – entfällt wegen der Herbstferien; 02.11.; 09.11.; 16.11.;
23.11.; 30.11.

Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung: 02.11.2026,
15:00 Uhr, Havelsaal, IHK Potsdam, Breite Straße 2 A-C sowie
02.12.2026, 15:00 Uhr, Havelsaal, IHK Potsdam, Breite Straße
2 A-C

IMPRESSUM

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
Fraktion Die Linke;
Friedrich-Ebert-Straße 79/81;
14469 Potsdam

E-Mail: DieLinke@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 48
Fax: 0331/289 31 19
Druck: Nordostdruck
V.i.S.d.P. Konstantin Gräfe

Geld für die Mineralölkonzerne statt für die Menschen

Im Eilverfahren drückten die Koalitionsfraktionen in der ersten Woche nach den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin die dritte Auflage des Tankrabatts durch den Bundestag. Von Oktober bis Ende Dezember sollen die Spritpreise erneut um 14ct pro Liter fallen. Erklärtes Ziel ist es, damit all jene zu entlasten, die im Alltag auf das Auto angewiesen sind. Zweifelsohne ist eine Entlastung der Menschen von explodierenden Preisen nötig. Das gilt nicht nur an der Zapfsäule. Längst überfällig sind auch Entlastungen an der Supermarktkasse und beim Wohnen.

Der Tankrabatt ist jedoch der falsche Weg.



Denn er entlastet alle Autofahrer:innen, unabhängig von ihrem Einkommen. Menschen, die sich kein Auto leisten können, erreicht die Maßnahmen nicht einmal. Wer kein Auto hat, wird von der Bundesregierung auch noch gestraft. Der Preis des Deutschlandtickets soll ab 2027 auf 66,80 Euro steigen.

Gleichzeitig kürzt die Bundesregierung bei von Armut bedrohten und betroffenen

Menschen radikal. SPD und CDU legen mit ihren Reformen im Gesundheitssystem, der Rente und dem Bürgergeld die Axt an den Sozialstaat. Und auch der Haushalt, den der Bundestag aktuell berät, setzt diesen Kurs fort: Allein das Wohngeld wollen CDU/CSU und SPD um 1,5 Mrd. Euro zu kürzen und selbst der Zuschuss für die ärmsten Kinder in Höhe von 25 Euro wird gestrichen. Kostenpunkt des Tankrabatts gleichzeitig: 2,5 Mrd. Euro. Das ist eine vollkommen falsche Prioritätensetzung! Hinzu kommt, dass ein Tankrabatt ohne Übergewinnsteuer absolute Geldverschwendung ist. Denn so spült der Tankrabatt vor allem Geld in die Kassen der Mineralölkonzerne. Aus diesem Grund haben wir als Fraktion alle den Tankrabatt in der namentlichen Abstimmung abgelehnt.

Isabelle Vandré, MdB
Foto: Bastian Bochinski

Kürzung beim Wohngeld: Armut wird vertieft

Der Sozialexperte Ulrich Schneider hat berechnet, dass bis zu 8 Millionen Menschen von den Kürzungen der Bundesregierung getroffen werden. Besonders hart trifft es Menschen, die sowieso schon wenig haben, zum Beispiel all jene, die Wohngeld beziehen. Schneider, der auch Mitglied des Parteivorstands der Linken ist, schreibt:

„Die Kürzungen beim Wohngeld werden die Armut in Deutschland ganz unmittelbar vertiefen und verbreitern. Derzeit kommt das Wohngeld über 2,5 Millionen Menschen in etwas über 1,2 Haushalten zugute, darunter etwa die Hälfte Haushalte von Rentnerinnen und Rentnern. Nach den Plänen von Bauministerin Verena Hubertz (SPD) soll etwa ein Drittel von ihnen ihren Wohngeldanspruch

komplett verlieren, wenn ihre aktuellen Bewilligungsbescheide ausgelaufen sind. Auch alle verbleibenden Wohngeldbeziehenden müssen über eine veränderte Berechnungsformel und die Halbierung des Heizkostenzuschusses mit empfindlichen Kürzungen rechnen. Von armutspolitischer Bedeutung ist, dass das Wohngeld für viele von ihnen das letzte Halteseil darstellt, das sie noch vor dem Gang zum Sozialamt oder dem Jobcenter bewahrt. Sollten die Pläne der Ministerin Wirklichkeit werden, wird die Zahl der Aufstocker in der Grundsicherung für Arbeitssuchende, vor allem aber der Menschen in Altersgrundsicherung massiv ansteigen. Hubertz selbst geht für das Jahr 2029, wenn ihr Gesetzesvorhaben volle Wirkung entfalten würde, von 74.000 Haushalten aus, die bei den Jobcentern Grundsicherung beantragen müssten und 89.000, die in die Altersgrundsicherung fallen werden. Je nach Haushaltsgröße dürften damit einige hunderttausend Menschen betroffen sein.“

Die Linke fordert die Kürzungen zu stoppen und den Kreis der Anspruchsberechtigten auszuweiten. Das würde Menschen, die

gerade nicht mehr wissen, wie sie ihre Miete bezahlen sollen, wirklich helfen.



Sozialexperte Ulrich Schneider
FOTO: Martin Heinlein

DIESE AUSGABE IM FOKUS:

Ortsverband SDK



Benjamin Karl
Die Linke Potsdam

Unser Ortsverband Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld umfasst 99 Genossinnen und Genossen im Alter von 18 bis 95 Jahren. Koordiniert werden unsere Aktivitäten durch einen SprecherInnenrat. Dieser besteht aus zwei Genossinnen (Lara und Sanny) und zwei Genossen (Benjamin und Ralf). Benjamin und Ralf sind schon länger Teil der Partei. Lara und Sanny kamen während der Bundestagswahl 2025 zu uns.

Einmal im Monat organisieren wir ein Mitgliedertreffen. Darin beraten wir zu aktuellen Themen und Anliegen und koordinieren gemeinsame Aktionen. Ein- bis zweimal im Jahr, an einem Samstagvormittag, nehmen wir uns in einer Gesamtmitgliederversammlung Zeit für Debatten zu wichtigen und komplexen Themen. Über das Jahr verteilt haben wir feste Aktivitäten: Gemeinsam gedenken wir

der Opfer des Todesmarsches, der vom 06. bis 08. Februar 1945 durch Drewitz führte. Im Juni und September zeigen wir uns mit einem Stand gemeinsam auf dem Gartenstadtfest in Drewitz und auf dem Stadtteilstfest Am Stern. Und durch fleißige Hände kommt unsere Zeitung in mehrere tausend Briefkästen.

Wir verstehen unseren Ortsverband aber nicht nur als Basis für politische Arbeit. Wir möchten ihn bewusst auch als Gemeinschaft leben. Zweimal pro Jahr gehen wir gemeinsam durch unsere Stadtteile, um zu sehen was es Neues gibt. Ab und zu treffen wir uns zu einem Stammtisch. Höhepunkt des Jahres ist unser Sommerfest, bei dem wir einfach fröhlich zusammensitzen.

Kontakt: ovstern-drewitz-kirchsteigfeld@dielinke-potsdam.de

Auch in diesem Jahr zog im August das Linke Sommerfest zahlreiche Potsdamer und Gäste aus nah und fern wieder in den Lustgarten. Wir danken den Fotoberichterstatter:innen Bernd Martin (u.r.) und Sandra Wildemann (alle anderen).



DIESE AUSGABE IM FOKUS:

AG Mieten: Die Hoffnung organisieren

Weil die Mieten so verdammt hoch sind und das politisch gewollt ist, machen wir von der Kampagnengruppe unserer AG Wohnen Action. Seit knapp einem Jahr ist unsere Mietenkampagne in verschiedenen Vierteln Potsdams unterwegs: Wir klingeln an Haustüren, organisieren Nachbarschaftstreffen, gemeinsame Widersprüche und Aktionen gegen dreiste Vermieter. Und gewinnen: Tausende Euro falsch abgerechneter Heizkosten gingen schon an unsere Nachbar*innen zurück. Wichtiger ist dabei aber, dass wir zusammen politische Praxis verfestigen, die uns aus unseren individualisierten Problemen rausholt und das politische Ganze angreift und verändern will. Denn gemeinsam sind wir stärker als jede Drohung vom Vermieter.

Du hast auch Bock mitzumachen?
- Melde Dich unter info@dielinke-potsdam.de und organisiere mit uns zusammen die Hoffnung!
Carl Loschke

Ein Ort für Lothar Bisky?!

Am 17. August 2026 wäre Prof. Dr. Lothar Bisky 85 Jahre alt geworden. Er war eine der prägenden politischen Persönlichkeiten der Wende- und Nachwendejahre für Potsdam, für Brandenburg und weit darüber hinaus. Politische Weggefährter*innen, Freund*innen und Kolleg*innen haben sich deswegen an die Potsdamer Oberbürgermeisterin und die Stadtverordneten gewandt, um Lothar Bisky in seinem Potsdam mit einem öffentlichen Ort zu ehren. Wir veröffentlichen auf dieser Seite das „passt“ und „passt nicht“ zu dieser Initiative.

PASST..

In der Erklärung dazu heißt es: „Lothar Bisky genoss Vertrauen und breite Anerkennung über Landes- und Parteigrenzen hinweg. Er war überzeugter Demokrat und Europäer und hat insbesondere in Brandenburg einen unschätzbaren Beitrag zum Aufbau einer demokratischen und lebendigen Zivilgesellschaft geleistet. Gerade jetzt, wo diese Demokratie bedroht ist, wäre es ein wichtiges und richtiges Zeichen, eine Persönlichkeit wie ihn öffentlich zu ehren. Der Film- und Medienwissenschaftler war über Jahrzehnte mit der Landeshauptstadt verbunden. Von 1986 – 1990 war er Rektor der Hochschule für Film und Fernsehen ‚Konrad Wolf‘ in Potsdam Babelsberg, wurde als erster Rektor einer Hochschule in der DDR von seinen Studierenden in einem demokratischen Prozess legitimiert. Für dieses Vertrauen in demokratische Prozesse warb er auch auf der größten demo-

kratischen Demonstration in der DDR am 4. November 1989 in Berlin. 1990 wurde er Landtagsabgeordneter ‚der ersten Stunde‘ in Potsdam und gestaltete als langjähriger Fraktionsvorsitzender der PDS die Brandenburger Landesverfassung aktiv mit. Die



Das Debattenthema der nächsten „passt“-Ausgabe wird sein:

„Ist der Sozialstaat noch zu retten?“

Alle Leser:innen sind hiermit herzlich zur Einsendung von Beiträgen an info@medienpunkt Potsdam.de eingeladen (maximal 1500 Zeichen).
Einsendeschluss 15. November 2026,

Haltung, mit der er Politik betrieb, ist noch heute beispielgebend: sachlich, kritisch, solidarisch, dialogbereit und immer auf der Seite der Menschen. Der ‚Brandenburger Weg‘, der vielen Brandenburger*innen das ‚Ankommen‘ erst ermöglichte und sie mit Stolz auf ihre Wurzeln blicken lässt, wäre ohne sein Wirken nicht denkbar gewesen.“ Der Aufruf, die Benennung einer Straße oder eines Platzes nach Lothar Bisky zu prüfen, wurde an die Oberbürgermeisterin und die Stadtverordneten übermittelt. Zu den Erstunterzeichner*innen dieses Aufrufes gehören aktuelle Politiker*innen und Künstler*innen sowie Personen, die als Mitarbeitende von Lothar Bisky eng mit ihm verbunden waren und mit ihm gemeinsam in vielen Initiativen im Land und Bund aktiv waren.

Benjamin Karl

PASST NICHT...

Bisky verdient mehr als ein profanes Straßenschild

Lothar Bisky hat Potsdam geprägt. Als Rektor der Filmhochschule und als Brandenburger Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneter ist sein lokaler Bezug unbestreitbar. Auch seine überregionale Bedeutung als Vorsitzender der PDS, der Linken und der Europäischen Linken steht außer Frage. Eine Würdigung ist daher angemessen. Doch für die Benennung von Straßen gibt es in Potsdam ein festes Verfahren. Neben lokalem und überregionalem Bezug zählt auch die Geschlechtergerechtigkeit. Und hier besteht weiterhin Nachholbedarf. Denn Frauen sind bei Potsdamer Straßennamen deutlich unterrepräsentiert.

Vor allem aber stellt sich die Frage, braucht Lothar Bisky wirklich ein Straßenschild oder doch eher einen Ort, der sein Leben und Wirken erzählt? Seit 2016 trägt das Haus der Linken Brandenburg in der Potsdamer Alleestraße seinen Namen. Das erscheint mir passender als eine womöglich wenig prominente Straße in einem Neubaugebiet. Bisky wurde über Parteigrenzen hinweg für seine unaufgeregte, bescheidene und nachdenkliche Art geschätzt.

Ein Haus, in dem politische Debatten stattfinden, passt zu diesem Vermächtnis. Biskys Leben ist eng mit den Brüchen der deutschen Nachkriegsgeschichte, der Wiedervereinigung und der Geschichte der deutschen Linken verbunden. Die Einrichtung einer Dauerausstellung im Lothar-Bisky-Haus könnte sein Leben in diesen historischen Kontext stellen und zugleich fragen, was daraus für die Gegenwart folgt. Ein solcher Ort lebendiger politischer Erinnerung erscheint mir ehrenvoller und angemessener als Lothars Name auf einem profanen Straßenschild.

Iris Burdinski, Kreisvorsitzende

Sudoku

7				1	6			
6			5					7
	4		7					
	2					8	9	6
	1		6	4	9		3	
	6		4	7				
8					5			
		9			2	1		

IM NÄCHSTEN VIERTEL JAHR

Veranstaltungen

DEMO

Große Mietendemo

Sonnabend, 10. Oktober 2026 ab 15.30 am Platz der Einheit

KREISVERBAND

Neumitgliedertreffen

Donnerstag, 22. Oktober 2026 - 19.00 im rotbloq, Zeppelinstr. 7

PARTEITAG

Gesamtmitgliederversammlung

Sonnabend, 7. November 2026, ab 10.00 Uhr im Bürgerhaus am Schlaatz, Schilfhof 28, 14478 Potsdam

ORTSVERBÄNDE

Gedenken an die Novemberprogrome

Montag, 09. November 2026, ab 18.00 Uhr am OdF Denkmal Platz der Einheit

KREISVERBAND

FLINTA* Kleidertauschparty

Mittwoch, 18. November 2026, ab 18.00 Uhr im Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3

KREISVERBAND

Neumitgliedertreffen

Freitag, 04. Dezember 2026, ab 17.00 Uhr im Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3

KREISVERBAND

Gemütlicher Jahresausklang

Freitag, 04. Dezember 2026, ab 19.00 Uhr im Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3

BERICHTE

Babelsberger Kinderfest der Linken mit Tradition



Am Samstag, den 5. September, fand schon fast traditionell auf dem Weberplatz in Babelsberg das diesjährige Kinderfest unserer Partei statt. Trotz Wind und Regen kamen weit über 100 kleine und große Besucher:innen, um mit uns zu feiern! Besonders beliebt waren neben dem Grillstand und dem Kuchenbuffet das Kinderschminken, der Bastelstand und unsere Hüpfburg. Ebenso gut kamen die zahlreichen Spielgeräte an, die uns freundlicherweise vom Stadtjugendring zur Verfügung gestellt wurden. Wir bedanken uns außerdem beim Umverteiler Potsdam, dem Uganda-Buchladen sowie der Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes, die uns mit eigenen Ständen unterstützt haben. Im kommenden Jahr wollen wir an diese schönen Erfahrungen anknüpfen und freuen uns über alle, die sich aktiv in die Planung des nächsten traditionellen Kinderfests einbringen möchten!

Julia Langbecker

DIE LINKE HILFT

Sozial- und Rechtsberatung

Wer Rechnungen, Miete oder Strom nicht mehr bezahlen kann, sollte früh Hilfe suchen.

Schuldnerberatung: AWO, Babelsberger Str. 12, Tel. 0331 200 763 50; EJF, Friedrich-Engels-Str. 24, Tel. 0331 280 7316.

Wohnungsnotfallhilfe: Behlertstr. 3a, Tel. 0331 289 2220 – bei Mietschulden, Kündigung oder drohendem Wohnungsverlust.

Jobcenter: Horstweg 102-108, Tel. 0331 880-4000 – bei zu geringem Einkommen.

Wohngeld: Tel. 0331 289 3907 – für Haushalte mit geringem Einkommen.

Tafel Potsdam: Drewitzer Str. 22 A, Tel. 0331 270 58 89 – Unterstützung mit Lebensmitteln.

Verbraucherzentrale: Babelsberger Str. 18, Tel. 0331 98229995 – bei finanziellen und vertraglichen Problemen.

Sozialrechtliche Beratung für Eltern und werdende Eltern: Pro-Familia, Charlottenstr. 30, 0331 860668

Sozial und Rechtsberatung
jeden Mittwoch
von 18:00 bis 19:30
im Rotbloq, Zeppelinstr. 7

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

medienPUNKTpotSDam
– BERND MARTIN, Springbruch 16, 14558 Nuthetal, OT Bergholz-Rehbrücke.

REDAKTION

Bernd Martin (v.i.S.d.P.),
Chefredakteur; Konstantin Gräfe, Romy Ibe, Maria Kadenbach, Benjamin Karl, Harry Kratky, Julia Langbecker, Steffen Lehnert, Carl Loschke, Torben Reichert, Heike Stiller, Sven Ullrich, Ida Karlotta Wiesigtrauch, Tobias Woelki.

AUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion

LAYOUT

Sophie Sumburane

E-MAIL

info@medienpunktpotSDam.de

BANKVERBINDUNG

Mittelbrandenburgische Sparkasse,
Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00

BILDAUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/ Katharina Gehrman/ Archiv/ Torben Reichert

DRUCK

Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

Die nächste passt erscheint am 10. Dezember 2026.